

# Ambivalenzen der Selbstorganisation von Unterstützungsarrangements im ländlichen Raum Ostthessens

Monika Alisch, Martina Ritter, Yvonne Rubin, Roger Glaser

*In ländlichen Räumen treffen die Alterung der Bevölkerung, ein Wegzug der Erwerbsfähigen, verschuldete Kommunen und sukzessive Ausdünnung öffentlicher Infrastruktur insbesondere ältere Menschen. Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge können und werden nicht mehr allein von den kommunalen Akteuren bewältigt. Freiwillig Engagierte übernehmen z. B. in selbstorganisierten Bürgerhilfevereinen oder Seniorengenossenschaften Aufgaben der Hilfe und Unterstützung im Alltag. Im Forschungsprojekt BUSLAR werden die Strukturen solcher Hilfsdienstleister in verschiedenen ländlichen Räumen untersucht. Dabei werden die Interessensorientierungen der Aktiven in solchen Vereinen sowie die Bedürfnisse älterer Menschen, die solche Hilfeleistungen in Anspruch nehmen und nehmen könnten, anhand der Triangulation qualitativer Forschungsmethoden rekonstruiert. Die ersten Ergebnisse zeigen die unterschiedlichen Vorstellungen von Hilfe und Helfen sowie die Rahmenbedingungen, unter denen die Unterstützungsarrangements entstehen und gelingen. Es wird skizziert, welche Herausforderungen die selbstorganisierten Co-Produzenten der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen zu bewältigen haben.*

In ländlichen Räumen, die abseits der Ballungszentren liegen, treffen die Alterung der Bevölkerung, ein Wegzug der Erwerbsfähigen Generation (vgl. u. a. Quaestio 2014, 139) mit den Folgen des Fachkräftemangels, einem Rückgang der Steuereinnahmen, sinkender Kaufkraft der noch verbliebenen Bevölkerung, verschuldeter Kommunen und einer sukzessiven Ausdünnung öffentlicher Infrastruktur insbesondere die älteren Landbewohnerinnen und -bewohner. Nach-

barschaftliche und familiäre Netzwerke stehen nicht mehr verlässlich zur Verfügung, insbesondere wenn die Generation der Kinder längst den Arbeitsplätzen hinterher gezogen ist. Dennoch scheint „das Enger-Rücken, der soziale Zusammenhalt vielerorts der einzige Kitt [zu sein], der eine gewisse Lebensqualität bietet und das Älterwerden in vertrauter Umgebung sichern kann“ (Dehne; Neubauer 2014, 4). Wie fragil solche informellen Netzwerke lokal bereits sind, oder ob es Anhalts-

## Ambivalent challenges of self-organized composition of aid for elderly people in Rural Areas

Rural areas in Germany have to face structural problems in several dimensions: Aging population, the migration of the young employable generations, the drop in tax revenue, the decrease of purchasing power and especially thinning public services and the declining availability of family and neighbourhood networks characterize daily life – especially for the elderly. Public Services are not longer the assignment solely of the public administration. Committed citizens organized in citizen aid associations fulfil social services in the community. The idea is, to help each other to make life easier, to commit oneself for others, to volunteer to help and to profit from mutual help. Those self organized aid associations offer local support in every-day-life esp. of elderly people. They try to add or even substitute public services, which are insufficient – especially in peripheral rural areas.

The action research project BUSLAR identified the interests and motives of the active citizens in self organized aid associations in two different rural areas in Germany, to make out the real needs of elderly in the communities and to develop need-oriented projects in terms of participation. Another aim of the research is to link the citizen associations with public services in the region in the fields of care, transport, culture and sociality. The project is arranged in a way that they could acquire the methods to discover needs participatory. First results of problem-centered interviews with the active citizens and the need analysis give some indication of the relation between “helpers” and “needy elderly” and the general conditions of arrangements of assistance. The article outlines the challenges of self organization in terms of co-production of public services in rural areas.

punkte für informelle sorgende Gemeinschaften in ländlichen Räumen gibt, ist empirisch zu prüfen. Derzeit scheint als erweisen, dass langfristig eine Versorgungslücke an finanzierbaren Hilfen zur Bewältigung des Alltags älterer Menschen besteht (vgl. u. a. Schneekloth; Wahl 2002; Isfort 2013).

Viele Kommunen haben auf die hier nur grob skizzierte Entwicklung reagiert und sich an Programmen der ländlichen Regional- oder Dorferwicklung (u.a. Leader; Irek, Ikek) beteiligt. Diese Konzepte sind darauf ausgerichtet, Ortsteile (Dörfer) zu stärken oder die Zentren für die Versorgungsfunktionen zu stützen, interregionale und interkommunale Kooperationen anzuregen und in der Fläche pragmatisch die Versorgung und das Funktionieren des Gemeinwesens zu bündeln.

Diese als Daseinsvorsorge bezeichneten Aufgaben umfassen die öffentlichen Güter und Dienstleistungen, die dem Gemeinwohl dienen und die Entfaltungsmöglichkeiten der Einzelnen eröffnen. Mit dem Begriff der Daseinsvorsorge wird daher meist die Versorgung mit Wasser und Strom sowie die Abwasser- und Abfallentsorgung verbunden. Jedoch gehören auch die sozialen Dienstleistungen zur Bildung, Gesundheit und sozialer Sicherung zur Daseinsvorsorge, also jene Bereiche, die bedeutsam für die Teilhabe in den Gemeinwesen der ländlichen Räume sind. Gerade in diesem Zusammenhang werden die Ausprägungen des demografischen Wandels bedeutsam: Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) unterscheidet hinsichtlich des demografischen Wandels in ländlichen Räumen zwei Entwicklungsmuster:

a) die Schrumpfung in größere Gebietseinheiten, verbunden mit Neuordnungen der Daseinsvorsorge, flankiert durch eine bessere Erreichbarkeit, auf wenige räumliche Schwerpunkte konzentriert, und

b) ein Nebeneinander von Schrumpfung und Wachstum, wie es in suburbanen ländlichen Räumen existiert, verbunden mit wirtschaftlich begründeten Modellen der interkommunalen Kooperation bei Unterauslastung in einzelnen Kommunen (Kocks 2008). Zur Leistungserstellung der Infrastruktur seien „(...) neue organisatorische Zuschnitte und Modelle zu erproben, (...) und es ist zu prüfen, inwieweit alternative Angebote Privater oder in Selbsthilfe durch die öffentliche Hand unterstützt werden können“ (ebd., 4).

Die Aufgaben, die hiermit verbunden sind, können und werden bereits nicht mehr allein von den kommunalen Akteuren bewältigt. Freiwillig engagierte Bürgerinnen und Bürger sind eine willkommene Zusatzressource in vielen ländlichen Gemeinden: Bereits der 6. Altenbericht der Bundesregierung hielt fest: „Die wachsende Engagementbereitschaft älterer Menschen sowie die nationalen, regionalen und lokalen Förderprogramme zeigen, dass sowohl auf der individuellen als auch auf der politischen Ebene eine aktive Bürgerrolle älterer Menschen vermehrt angenommen und vorausgesetzt wird“ (6. Altenbericht 2010, 65).

Olk (2007) spricht von einem „kommunalen Wohlfahrts-Mix“, in dem die „Zivilgesellschaft bei der Entwicklung der wichtigsten Institutionen kommunaler Daseinsvorsorge mitgestaltet“ (ebd.). Wie solche Arrangements der „geteilten Ver-

antwortung“ (vgl. u. a. Klie 2012, 131) konkret aussehen können und wie es gelingt, sie zu entwickeln und zu fördern, ist bisher kaum hinterfragt worden (vgl. Alisch; Ritter 2015).

Das Forschungsprojekt *„Bürgerhilfevereine und Sozialgenossenschaften als Partner der Daseinsvorsorge. Modellentwicklung zur ergänzenden Hilfeleistung für ältere Menschen in ländlichen Räumen (BUSLAR)“* untersucht die Strukturen bürgerschaftlicher Selbstorganisation in zwei sehr verschiedenen ländlichen Regionen. Das Konzept des als Handlungsforschung angelegten Projektes wurde interdisziplinär entwickelt von den Soziologinnen Martina Ritter, Monika Alisch (Hochschule Fulda), der Planerin Annegret Boos-Krüger sowie der Psychologin Christine Schönberger (Hochschule für angewandte Wissenschaften München, dortige wissenschaftliche Mitarbeiterin seit 2015 Barbara Solf-Leipold)

Der Beitrag stellt zunächst dieses Projektkonzept vor und erörtert dann erste Ergebnisse zu den Unterstützungsarrangements zwischen den Aktiven der Bürgerhilfeorganisationen und den Nutzenden dieser Hilfeleistungen in den beiden hessischen Gemeinden Großlüder und Tann. Formuliert werden erste Rückschlüsse im Hinblick auf die Übernahme solcher sozialen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen dieser Struktur.

## 1 Projektziele und Methoden

Eine Grundannahme des BUSLAR-Projekts geht davon aus, dass in Zeiten der Globalisierung und hoher Mobilität von Kapital, Wissen und Arbeit gerade in ländlichen Räumen solche lokalen „Bürgerdienstleister“ als stabilisierende Faktoren an Bedeutung gewinnen und sich als Partner auf Augenhöhe von Daseinsvorsorge und Pflege erweisen, insb. weil Unterstützungsbedarf zur Alltagsbewältigung bei älteren Menschen vielfach lange vor einer ggf. eintretenden Einstufung in das Pflegesystem entsteht und für diese häufig lang andauernde Zeitphase gerade in ländlichen Regionen wenig verlässliche Strukturen bestehen (vgl. ebd.).

Für das Forschungsprojekt sind sechs Zielsetzungen formuliert, die drei Perspektiven auf solche Bürgerdienstleister einnehmen:

### 1. Ziele in einer Governance-Perspektive

- Lokale und regionale sozialräumliche und politische Rahmenbedingungen analysieren;
- Unterstützen der Netzwerkbildung zwischen Bürgerhilfeorganisationen und öffentl. Daseinsvorsorge und Pflegedienstleistern;

### 2. Ziele in einer Bedürfnis-Perspektive

- Interessensorientierungen in den Bürgerhilfeorganisationen ermitteln;
- Bedürfnisse älterer Menschen in der Region verstehen;

### 3. Ziele einer Organisationsentwicklung:

- Stärkung der Bürgerhilfeorganisationen als lokale selbstorganisierte Gemeinschaften;

- Stabilisierung des Engagements durch tragfähige Organisationsmodelle.

Im Sinne von Governance als Form gemeinschaftlicher Aushandlung von Entwicklungszielen, -strategien und -politiken bezieht sich das erste hier genannte Ziel des BUSLAR-Projekts darauf, die sozialräumlichen und politischen Rahmenbedingungen zu ermitteln, die für die Unterstützungsarrangements insbesondere für ältere Menschen durch Bürgerdienstleister von Bedeutung sind. Hier werden Konzepte und Leitbilder, die die Alterung als Merkmal des demografischen Wandels lokal, regional oder landesweit in den Mittelpunkt stellen, ebenso in den Blick genommen wie Governancestrukturen, die als mehr oder minder formalisierte Netzwerke, Runde Tische, Arbeitskreise oder Regionalforen bereits darum bemüht sind, Fragen der Lebensqualität im ländlichen Raum allgemein und im Alter im Speziellen kooperativ zu bearbeiten – bisher ohne jede Beteiligung der selbstorganisierten Bürgerhilfeorganisationen.

Das Ziel, die Netzwerkbildung zwischen Bürgerhilfevereinen und Trägern der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie Pflegeeinrichtungen zu unterstützen, setzt hier an und versucht in partizipativer Form mit den Bürgerhilfevereinen zu erarbeiten, mit welchen institutionellen Akteuren in der Kommune oder der Region eine Kooperation auf- und ausgebaut werden sollte und welche möglichen Konkurrenzen um die Zielgruppe der älter werdenden Menschen, um Hilfeangebote, Räume oder materielle Ressourcen bestehen und beseitigt werden sollten.

In einer Perspektive bedürfnisorientierter sozialraumbezogener (sozialer) Arbeit werden in dem BUSLAR-Projekt sowohl die Bedürfnisse und Interessensorientierungen der Aktiven in den Bürgerhilfevereinen als auch die Bedürfnisse ihrer Adressatinnen und Adressaten untersucht. Die Interessensorientierungen der meist selbst schon älteren Helfenden sind erstens bedeutsam, um die subjektbezogenen Motive für ein Engagement in einem solchen Verein zu verstehen und um zweitens darauf aufbauend, die Strukturen (Aufgabenverteilung, Leistungsangebote, Ziele und Regeln) innerhalb der selbstorganisierten Vereinsgemeinschaft zu rekonstruieren. Drittens lässt sich aus den Interessensorientierungen auch das Verhältnis zwischen den aktiven Anbietenden von Unterstützungsleistungen und den „Nachfragenden“ für solche Leistungen rekonstruieren. Die Bedürfnisse der älteren Menschen aus den jeweiligen Kommunen zu ermitteln, bildet die Grundlage dafür, die Unterstützungsleistungen der Bürgerhilfevereine nachhaltig zu entwickeln und die vorhandenen Ressourcen darauf zu konzentrieren, was lokal wirklich nachgefragt wird.

Beides ist wichtig, um Optionen für die Weiterentwicklung der selbstorganisierten Bürgerdienstleister als Organisation herauszuarbeiten. In dieser Perspektive wurden die beiden letzten Projektziele formuliert: Hier geht es darum, das Engagement in den Bürgerhilfeverei-

nen zu stärken und mit geeigneten Organisationsformen (z. B. in solidarischen, partizipativen Formen von Genossenschaften) diese Unterstützungsleistungen für Ältere in ländlichen Räumen nachhaltig zu entwickeln.

Methodisch folgt das BUSLAR-Projekt einem innovativen Ansatz der Handlungsforschung: Der Forschungs- und Entwicklungsprozess ist dabei gekennzeichnet durch im Diskurs zwischen Forschenden und Forschungsbeteiligten rückgekoppelte<sup>2</sup>, kritisch überprüfende Vergewisserungen über die jeweiligen Ergebnisse der Forschungsschritte. Der so entstehende Lernprozess und Dialog bringt dann praktische Konsequenzen für die unmittelbare Situation hervor (vgl. May 2008, 207 f.). Diese Forschungsweise bilanziert mit Seppel (1976, 115) zwischen einer „aufklärenden Begleitung“ des Arbeitsprozesses der Bürgerhilfevereine und einer „Befähigung, selbst Lösungen und Alternativen zu bisherigen Strategien zu erarbeiten“ (ebd.). Methodologisch sind somit die Gemeinschaften der Bürgerhilfevereine am Erkenntnisprozess, den Ergebnissen und der Methodenausgestaltung beteiligt (Tab. 1).

## 2 Bürgerhilfeorganisationen

Wenn wir im BUSLAR-Projekt den Begriff der Bürgerhilfevereine verwenden, ist damit keine allgemeingültige Definition der Ziele, Aufgaben und Organisationsformen solcher Selbstorganisationen verbunden. Um zu bestimmen, wie viele solcher zivilgesellschaftlicher Selbstorganisationen es bundesweit und in unserem Untersuchungsraum Hessen überhaupt gibt, kommen unterschiedliche Begriffe in den Blick: Bürgervereine, Bürgerhilfevereine, Bürger- und Seniorengenosenschaften oder Bürgergesellschaften markieren bereits Unterschiede in den Rechts- und Organisationsformen.

Um möglichst wenige solcher Organisationen auszuschließen, haben wir mit der Definition von Doris Rosen-

Tab. 1: Arbeitsschritte und Methoden

Projektphase 1	Projektphase 2	Projektphase 3
<p>Strukturierte Sozialraumanalysen; qualitative Interviews mit Aktiven der Bürgerhilfevereine</p> <p>Analyse der Bedürfnisse älterer Menschen mit Partizipationsmethoden → Rückkopplung der Interviewergebnisse → Rückkopplung der Bedürfnisanalysen</p>	<p>Partizipative Projektentwicklung</p> <p>Handlungsforschende Begleitung lokaler Netzwerke zwischen den Angeboten der Bürgerdienste und öffentlichen/privaten Anbietern der Daseinsvorsorge</p>	<p>Herausarbeiten nachhaltiger Aufgaben von Bürgerhilfevereinen</p> <p>Entwickeln entsprechender Umsetzungswege (z. B. Genossenschaften)</p> <p>Analyse der „Critical Incidents“ → im Verhältnis der Bürgerhilfevereine zu den öffentlichen und privaten Dienstleistern; → der Aktiven in den Bürgerhilfevereinen zu den als bedürftig kategorisierten Älteren.</p>

kranz (<http://seniorengenossenschaft.info/index.php?id=436>) gearbeitet. Hier werden solche Selbstorganisationen – die Rosenkranz selbst unter dem Begriff Seniorengenossenschaft subsumiert – definiert als Organisationen,

1. „die Unterstützung auf *Gegenseitigkeit*, also das Einbringen der (noch) vorhandenen Fähigkeiten fördert und
2. diese mit *freiwilligem* Engagement sowie
3. einer *verbindlichen* Organisation der Vermittlung von Unterstützungsleistungen, unabhängig davon ob diese haupt- oder ehrenamtlich organisiert wird, verbindet.
4. Weiterhin sind Seniorengenossenschaften durch eine offene Mitgliedschaft sowie
5. eine langfristige Reziprozitätsbeziehung gekennzeichnet.
6. Sie handeln nach den Genossenschaftlichkeitsprinzipien der Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstorganisation und haben, wie der Name es schon vermuten lässt,
7. Senioren und Seniorinnen als Zielgruppe“.

Anhand dieser Definition, die eben nicht die Rechtsform einer Genossenschaft impliziert, hat Rosenkranz bundesweit 207 sogenannter „Seniorengenossenschaften“ identifiziert. Dabei fällt auf, dass sich jeweils eine Häufung in Ballungsgebieten ergibt, während gerade in dünner besiedelten Regionen und peripherisierten (Keim 2006) ländlichen Räumen deutlich weniger solcher Hilfsstrukturen zu finden sind, obwohl sie dort aufgrund der Problemlagen am dringendsten erscheinen.

Im Landkreis Fulda wurden die Gemeinden Tann und Großenlöder mit den dort gegründeten Bürgerhilfevereinen in das Projekt einbezogen, allein im Landkreis Fulda wurden in den letzten Jahren fünf solcher Vereine gegründet.

Das BUSLAR-Projekt arbeitet in der osthessischen Untersuchungsregion mit den Bürgerhilfevereinen „Füreinander – Miteinander“ (Gemeinde Großenlöder) und „Füreinander da sein“ (Tann/Rhön) zusammen. Diese Vereine definieren ihre Aufgaben so: „Zweck [...] ist die Förderung [...] und die Unterstützung von Menschen in Verrichtungen des täglichen Leben“ (Satzung des Vereins Füreinander da sein e. V.). Bezogen auf die Arbeitsstrukturen, in denen diese Unterstützung geleistet werden soll, heißt es: „Der Verein stellt einen freiwilligen Zusammenschluss von [...] Bürger\_Innen dar, die gewillt sind, Bürgerhilfe im weitesten Sinne zu organisieren und selbst zu leisten, ungeachtet des Alters, der Religion, der politischen Ausrichtung und der Nationalität. Die Hilfsdienste stehen Mitgliedern und Nichtmitgliedern gleichermaßen zu Verfügung“ (Satzung des Vereins Miteinander-Füreinander Großenlöder e. V.).

### 3 Ergebnisse: Hilfearrangements und Bedürfnisinterpretationen

Im Folgenden werden erste Ergebnisse der problemzentrierten Interviews mit Aktiven aus den beiden hessischen Bürgerhilfevereinen diskutiert. Im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses stehen dabei ihre Motive für das Engagement, ihre

Vorstellungen zu den Aufgaben des Vereins, die Probleme oder Konflikte, die sie erlebt oder besprochen haben, und ihre Perspektiven für eine zukünftige Arbeit. Ebenso werden Ergebnisse aus der partizipativen Bedürfnisanalyse vorgestellt.

In den beiden Untersuchungsorten haben wir insgesamt sieben Perspektivenwerkstätten durchgeführt, die im Phasenformat einer Zukunftswerkstatt (mit Kritik-, Utopie- und Realisierungsphase, vgl. Jungk/Müllert 1999) konzipiert wurden oder als „Zukunfts-Cafés“ der Alltagsorganisation der älteren Beteiligten, hinsichtlich Zeit, Kräfte und Bereitschaft angepasst, die Artikulation von Bedürfnissen ermöglichen sollten.

#### 3.1 Interessensorientierungen der Engagierten

Im Forschungsprojekt dienen die themenzentrierten Interviews mit aktiven Mitgliedern der beiden hessischen Bürgerhilfevereine dazu, die Perspektive der Helfenden und die damit verbundenen Vorgaben für die Nutzenden ihrer Unterstützungsdienstleistungen zu rekonstruieren. Erste Vorgespräche hatten bereits Hinweise darauf gegeben, dass die aktiven Mitglieder der Vereine sich vor allem als „Helfer“ bezeichnen. Ihre eigenen Angebote nennen sie Dienstleistungen, mit denen sie – aus ihrer Sicht – „hilfsbedürftigen“ Menschen in den ländlichen Ortsteilen helfen wollen. Der Begriff der Hilfe spielt also im Zusammenhang mit der Selbstorganisation von Bürgerinnen und Bürgern in unserem Kontext eine herausragende Rolle. Thole und Hunolds Beitrag zum „Pädagogischen Wissen“ (2011, 147 ff.) über das „Helfen“ benennt „soziale Praktiken und Praxen des Helfens und der Hilfe“ als „elementarer Teil menschlichen Alltagshandelns und eingewoben in die Gestaltungsformen von Alltag“ (ebd.). Darüber hinaus vertraue und stütze sich „menschliches Zusammenleben und Miteinander [...] auf die Verwirklichung von Hilfe.“ (Bock/Thole 2011, 6).

Wolff (1981) versteht „Hilfe“ als Interaktion, konstituiert durch „wechselseitige, von bestimmten situativen Bedingungen beeinflusste Handlungen“ (ebd., 211). Fasst man Helfen in der Weise als Interaktion, sieht Brandstetter (2010, 107) auch das Verhältnis angesprochen zwischen „Hilfebedürftigen“ und „Helfenden“ und den in der Hilfe-Interaktion meist vorfindbaren Statusdifferenzen (vgl. ebd.). Der Soziologe Niklas Luhmann beschreibt diese Statusdifferenz in seinen „Formen des Helfens im Wandel gesellschaftlicher Bedingungen“ (1975/2005, 167 ff.) zunächst für vormoderne Gesellschaften, in denen Hilfe eine „gängige Methode des Machterhalts“ darstelle und keine „altruistische, zwecklose Hingabe“ gewesen sei. Im Forschungsprojekt haben wir die Motive und Bedingungen des Helfens, die die befragten Aktiven benennen, daher als Interessenlagen begriffen, die Wünsche und Bedürfnisse der Helfenden zum Ausdruck bringen.

##### 3.1.1 Interessenlagen und Motive des Engagements

Es lassen sich vier verschiedene Interessenlagen von Mitgliedern und Aktiven aus den Interviews rekonstruieren. Die

Beschreibung der Interessen gibt uns Hinweise auf die Tragfähigkeit und Reichweite der Angebote der Bürgerhilfevereine.

**„Der Vorstand“:** Die befragten Vorstandmitglieder beschreiben sich selbst als sehr aktiv und sehr engagiert und werden so auch von anderen Befragten beschrieben. Sie arbeiten meist in mehreren Aufgabenfeldern, bieten Dienstleistungen an, organisieren soziale Begegnungen und administrieren den Verein – obwohl sie oft selbst noch berufstätig sind. Gleichzeitig zeigt sich in den Interviews, dass neben den Ideen über die Leistungen der Vorstandmitglieder auch ein festes Bild von Aufgaben und Möglichkeiten der anderen aktiven Mitglieder existiert: *„Gut, Vorstand, das ist der, der das Ganze bewegt und die ehrenamtlichen Helfer, die auf Anfrage zur Verfügung stehen.“* (Frau L. 53 J. Vorstandsmitglied, Z. 520-521).

Auch die Erwartungen an die Hilfesuchenden werden sehr deutlich formuliert: Diese sind nach der Einschätzung der Aktiven „hilfebedürftig“ und können sich nicht mehr selbst versorgen. Sie sollen aus den Angeboten auswählen können und sich dabei an die Regelvorgaben des Vereins bei der Nachfrage von Dienstleistungen halten. Der Verein als Organisationsform ist ein Versuch, diese Regelungen klar zu ziehen und abzusichern: *„[...] ohne Verein geht nichts! ‚Ach ich gebe dir mal lieber so was unter der Hand‘ – das geht natürlich nicht...“* (Frau J., aktives Mitglied im Verein Z. 453-454).

**„Die Helfer“:** Vom Vorstand unterschieden werden in den Interviews die aktiv Helfenden: Sie wollen helfen und suchen für sich eine sinnstiftende Freizeitbeschäftigung, wünschen sich aber auch Anerkennung für das Geleistete. Auffallend ist die starke Betonung der Bedingungen, die den Rahmen der Hilfe definieren: Die Helfer wollen selbst entscheiden, wofür, wie viel und wann sie sich engagieren: *„[...] jawohl, ich stehe zur Verfügung, ich bin bereit, da was zu machen, nach Absprache logischerweise. Ich meine, ein Termin muss passen, das ist klar, auch bei einem freiwilligen Angebot, der Termin muss passen!“* (Herr K., 62 J. aktives Mitglied im Verein, Z. 466-469).

**Mitglieder „social“:** Die dritte Interessenlage wird von Mitgliedern geäußert, die Helfende sind, selbst aber kaum Leistungen in Anspruch nehmen. Sie betonen ihren Wunsch nach einem Ort für Geselligkeit und Gemeinschaftsbildung. Sie verstehen ihr Engagement auch als Freizeitgestaltung mit Gleichgesinnten und schätzen den sozialen Kontakt, der mit dem Ehrenamt verbunden ist: *„Also ich kenne es halt so, ich bin halt auch ein Mensch, der gerne redet und auch so ein bisschen Unterhaltung [...]“* (Frau S. 54 J. aktives Mitglied Z. 479-480).

Die Arbeit im Verein kann genutzt werden, um neue Kontakte zu knüpfen, sich auszutauschen, selbst aktiv zu sein und interessante Veranstaltungen zu besuchen, die man selbst organisiert hat. Im Wesentlichen sind die Adressanten dieser Kontaktwünsche die anderen Vereinsmitglieder. Auch insofern ist die Organisationsform des Vereins im Gegensatz zum in-

dividuellen Engagement beispielsweise in der Nachbarschaft ein wichtiger Aspekt der Interessensorientierung.

**„Fördernde“ Mitglieder:** In einigen Interviews wurden auch Mitglieder beschrieben, die nur Förderer der Idee des Bürgerhilfevereins sind. Sie beteiligen sich finanziell und ideell an den Unterstützungsdienstleistungen. Manchmal äußern sie – selbstironisch oder als Spaß –, dass ihre Mitgliedschaft verbunden ist mit der Idee *„irgendwann brauche ich dann Hilfe [...]“*. Oder es wird von der Motivation berichtet, durch Freunde und Bekannte von dem Verein zu wissen und Unterstützung leisten zu wollen, ohne Zeit und Aktivität investieren zu können. Dieses Interesse wird umgesetzt durch Spenden oder passive, zahlende Mitgliedschaft, ohne Leistungen in Anspruch zu nehmen oder sich an der Vereinstätigkeit generell zu beteiligen.

### 3.1.2 Regeln des Helfens und des „sich Helfenlassens“ – die Unterstützungsstrukturen

Aus den Interviews lassen sich vor allem Überlegungen zu organisatorischen und inhaltlichen Fragen, die in beiden Vereinen sowohl Vorstand als auch Mitglieder immer wieder beschäftigen, rekonstruieren: So befassen sich die selbst organisierten Bürgerdienstaktiven mit der Frage, inwieweit das jeweilige Vereinskonzzept den jeweiligen Anforderungen an die Organisation von Helfenden und deren Verknüpfung mit den geäußerten Bedürfnissen der Hilfesuchenden entspricht. Die Pole der Konzeption sind markiert von ehrenamtlicher Hilfeleistung ohne Geldbeitrag, als Form von *„Charity“* und Wohltätigkeit auf der einen Seite, und *„Solidarität“* durch Mitgliedschaft und den Tausch vorhandener Fähigkeiten und Kompetenzen auf der anderen Seite. Beide von uns in die Forschung einbezogenen Vereine befinden sich in einer permanenten Diskussion über die Frage, ob und inwiefern sie besser Mitgliedsbeiträge nehmen sollen, wie und ob sie Spenden einwerben sollten, und wie sie die Finanzierung der Vereine am besten regeln könnten. In dieser Diskussion spielt die Erfahrung, dass oftmals Hilfenachfragende die Dienstleistung auch bezahlen oder wenigstens ein Trinkgeld geben wollen, eine zentrale Rolle.

Aus den Interviews lassen sich auch Konkurrenzbefürchtungen und Konflikterfahrungen mit privaten professionellen und wohlfahrtsstaatlichen Anbietern hinsichtlich der Angebote und Dienstleistungen erkennen. Die Engagierten vermuten und ahnen, dass sie möglicherweise mit professionellen Anbietern – von Gartenbau bis Pflegedienst – in Konkurrenz stehen. Sie diskutieren daher, wie und ob die älteren Menschen notwendige Versorgungsleistungen finanzieren können und wie durch den Verein organisierte Unterstützung von anderen Dienstleistungen abgegrenzt werden kann.

Im Kontext ihrer Organisationsstruktur diskutieren die Interviewten immer wieder, wie wichtig die Regelungen von Entscheidungen, die Absicherung der Dienstleistungen (insbesondere bei Fahrdiensten) durch Versicherungen, die Mini-

mierung von Risiken bei der Umsetzung der Hilfen und eine gute Abschätzung von Kosten und Leistungen sind. Die Organisation des Vereins ist ihr Mittel, diese Anforderungen zu regeln. Die sozialen Dienste bewegen sich ihrer eigenen Einschätzung nach in einem Graubereich zwischen Dienstleistungen und dem Eingreifen in den Privatbereich anderer Menschen. Die damit verbundenen Risiken wie Schädigungen, Kränkungen oder Fehler sind ihnen bewusst und schränken ihren Wunsch, Hilfe zu leisten, immer wieder ein. Ebenso werden die finanzielle Belastung der Aktiven und die mögliche Zahlung von Aufwandsentschädigungen thematisiert.

Klare Regelungen von Unterstützungsleistungen und Leistungsnutzung: Hier geht es um die klare Abgrenzung von (Dienst)Leistung und privaten Kontakten sowie die Regelung und Umsetzung der Leistungsangebote. Es wird diskutiert, wie die wachsenden Ansprüche der Hilfesuchenden nach regelmäßiger Unterstützung, sich wiederholenden Anfragen nach Einkaufshilfe oder Rasenmähen, vermieden werden können.

Die Helfenden brauchen also Regeln für die Hilfesuchenden, um ihre eigenen privaten Interessen mit ihrer Bereitschaft zum Engagement zu koordinieren. Ihre innere Balance von Helfen, Verpflichtung und Freiheit für Eigenes bringt sie regelmäßig in Bedrängnis. Sie wollen sich engagieren, aber sie wollen sich nicht professionalisieren: Sie sind noch berufstätig oder gerade in Rente und wollen ihr Leben nicht mehr durch Verpflichtungen und Zwänge einengen lassen (vgl. auch Dienel 2011, 5 ff.; Block 2014). Daher wollen sie Sprechstunden vorgeben, und sie richten Telefondienste und -zeiten ein, damit die Hilfesuchenden sie gut erreichen können, ohne sie unentwegt in ihrem privaten Alltag zu stören.

Die Hilfe wird in Angebote und Dienstleistungen reformuliert und so handhabbar gemacht. In diesem Zusammenhang zeigt sich auch, dass die Angebotsentwicklung oftmals ohne Kenntnis der Bedarfe und Bedürfnisse im Vorstand geleistet wird. Die so entwickelten Dienstleistungsangebote sollen von den Hilfesuchenden gezielt und planvoll nachgefragt werden. Diese Regeln des sich Helfenlassens geben vor, was die Hilfesuchenden selbst leisten müssen, um Hilfe in Anspruch zu nehmen: Sich organisieren, planen, an Zeiten halten und erkennen, in welche Angebote ihre Bedürfnisse passen.

Auch das Helfen an sich folgt Regeln: Die Engagierten versuchen, sich selbst Regeln zu geben, die ihre eigenen Interessen und Wünsche mit den Interessen der Hilfesuchenden konfliktlos verbinden sollen. Dabei sehen sie sich selbst in der Gefahr, den Wünschen der Hilfebedürftigen nach Nähe und sozialer Beziehung zu sehr nachzugeben. Sie verstehen zwar die Bedürfnisse gerade der Älteren nach Nähe und Gespräch, nach Beziehung und Kommunikation, versuchen aber, einer Verpflichtung zu dieser Nähe zu entkommen: Ihre Regeln (nämlich z. B. die Kontakte nur über das Vereinsbüro zu organisieren), sollen verhindern, dass die Hilfesuchenden sich immer denselben Helfer wünschen, diesen direkt ansprechen und damit unter Druck setzen könnten. Sie wollen möglichst keine per-

sönlichen Beziehungen eingehen und keine personenbezogene Regelmäßigkeit zulassen, um nicht eine beinahe familiäre Nähe zu Hilfesuchenden entstehen zu lassen und in die Pflicht zur Versorgung genommen zu werden.

Diese Ergebnisse zeigen, dass die Engagierten aus ihrer Sicht darauf angewiesen sind, dass die Hilfesuchenden sich an diese Regeln halten. Damit scheint sich der schon in den 1970er-Jahren geführte Diskurs zu Hilfe und Kontrolle auch in den Hilfebeziehungen zwischen selbstorganisierten Helfenden und von ihnen als Hilfebedürftige kategorisierten älteren Menschen zu spiegeln. Dieser setzte sich mit dem mehrfachen Mandat der Sozialen Arbeit auseinander, das sie einerseits als „Anwalt der Hilfebedürftigen, andererseits und zugleich jedoch auch als soziale Kontrolle im Auftrag des Staates“ (Bock/Thole 2011, 8) adressierte. Mit der (professionellen) Aufgabe des Helfens verbunden sei somit nicht nur die Erwartung, sich als Empfängerin und Empfänger von Hilfe(n) an die „Spielregeln“ des Hilfesystems zu halten, sondern mit Hamburger (2008) auch der implizite Auftrag „die Subjekte hierin irgendwie einzupassen“ und letztlich so etwas wie „Normalität“ (wieder) herzustellen.

### 3.2 Perspektiven älterer Menschen auf Hilfe und Unterstützung

Eine der Grundannahmen des Forschungsprojektes BUSLAR geht davon aus, dass die Angebote von Hilfe- beziehungsweise Unterstützungsleistungen durch die selbstorganisierten Bürgerhilfevereine dann nachhaltig entwickelt werden können, wenn sie auf die Bedürfnisse der älteren Menschen, die sie adressieren, abgestimmt sind. Dazu bauen wir auf Erkenntnissen einer partizipativen Sozialraumarbeit und -forschung auf, die Teilhabe bereits in der Produktion sozialer Dienstleistungen ermöglicht und Bedürfnisse nicht kategorial aus einer Expertensicht vordefiniert und mit Lösungen, Maßnahmen oder Angeboten beantwortet. Vielmehr soll es durch eine partizipative Projektentwicklung entlang der artikulierten Bedürfnisse der älteren Menschen in den ländlichen Räumen gelingen, Prozesse des „community-building“ im Sinne sozialer Gemeinschaften anzustoßen oder dort, wo sie bereits bestehen, zu unterstützen und gemeinsame Interessen hervorzubringen.

In diesem Abschnitt werden Ergebnisse der Bedürfnisanalyse zur Diskussion gestellt, die das Verhältnis der Aktiven aus den selbstorganisierten Bürgerhilfen als „Helfende“ zu ihren Adressatinnen und Adressaten „als Hilfebedürftige“ aus deren Perspektive zeigen.

Unsere partizipativ angelegte Forschung mit den älteren Menschen in den Untersuchungsorten zeigt, dass Luhmanns These zur Statusdifferenz zwischen Helfenden und Hilfesuchenden auch in der differenzierten modernen Gesellschaft insofern relevant geblieben ist, als die Älteren, welche die Hilfeleistungen der Bürgerhilfevereine in Anspruch nehmen, sich bewusst darüber sind, sich den Regeln der Helfenden fügen zu müssen. Wenn Bock und Thole (2011, 6) konstatieren, „Menschen erwarten in der Regel diese [Hilfe] wie selbstverständ-

lich von anderen, wenn die eigenen Kompetenzen nicht ausreichen, Problemstellungen des Alltags zu lösen oder zu bewerkstelligen“, dann stellen wir mit unseren Forschungsergebnissen fest, dass die beteiligten Älteren sehr genau differenzieren, für welche Alltagsverrichtungen sie Hilfe von Familienangehörigen, von Nachbarn oder von den selbst organisierten Dienstleistern der Bürgerhilfevereine annehmen:

Für die Inanspruchnahme von Hilfen lässt sich sogar eine *Hierarchie der Helfenden* rekonstruieren: Es zeigt sich, dass grundsätzlich das Modell familiärer Hilfe von den Älteren bevorzugt wird und sofern dies möglich ist, auch in Anspruch genommen wird. Erst, wenn der Partner, die Kinder oder weitere An- und Zugehörige in einer von den Älteren als nicht mehr zumutbare definierten Entfernung leben, wird die klassische Nachbarschaftshilfe für Unterstützungen im Alltag angenommen. In dieser Hierarchie an letzter Stelle stehen die als „Fremde“ wahrgenommenen Aktiven aus Bürgerhilfevereinen. Die Hierarchie zeigt sich jedoch nicht allein in der Verfügbarkeit der Helfenden, sondern spiegelt zum einen wider, dass die Unterstützung bei unterschiedlichen Verrichtungen im Alltag auch unterschiedliche Helfende erfordert. So wird – wenig verwunderlich – der Zugang zum Privaten oder gar Intimen in der Regel eher den Familienmitgliedern gewährt als den Nachbarn, Bürgerhilfevereinen oder auch professionellen Pflegediensten.

Luhmann (1975/2005) hatte – ebenfalls zunächst für vormoderne Hilfebeziehungen – festgestellt, dass „die helfende Person auch diejenige [ist], die Erwartungsverpflichtungen formulieren kann“. Das spiegelt sich auch in den Unterstützungs- bzw. Hilfeleistungen, wie sie von den Bürgerhilfevereinen verregelt werden (s. Abschn. 3.1.2): „Insofern setzt sich der Hilfesuchende nach wie vor einer Unbestimmtheit des Helfens und weitgehend unvorhersehbaren Dankeserwartungen aus“ (Brandstetter 2010, 108). Mit dem Wunsch derjenigen, die Hilfe in Anspruch nehmen, den helfenden Personen unmittelbar „etwas zurückzugeben“, sie zu bezahlen oder wenigstens ein Trinkgeld zu geben, werden zum einen die impliziten Dankeserwartungen antizipiert und zum anderen die Vorstellung von Leistung und Gegenleistung zum Ausgleich der Statusdifferenz zwischen Hilfesuchenden und Helfenden angesprochen.

Gleichzeitig erleben die von uns in den Perspektiven- und Projektwerkstätten auf ihre Bedürfnisse hin befragten Älteren in den Hilfebeziehungen zu den freiwillig Engagierten, aber auch zu „hilfsbereiten“ Nachbarn eine Statusdifferenz, die sich als Bewertung ihrer Hilfe-Bedürfnisse und ihrer Vorstellungen von „gelungener Hilfe“ zeigt: Benannt werden Erfahrungen oder Befürchtungen darüber, dass die Inanspruchnahme von außerfamiliärer Hilfe bei der alltäglichen Instandhaltung von Haus, Wohnung und Garten oder der Unterstützung im vorübergehenden Krankheitsfall als „nicht normal“ bewertet wird – als Ausdruck einer familiären Problemlage. Implizit wie explizit gilt die Familie in der „Hierarchie der Helfenden“ als vorrangig zuständig. Dies gilt sowohl in den subjektiven Vorstellungen der an unserer Handlungsforschung beteiligten Älteren als

auch im Sinne einer moralischen Instanz und sozialen Kontrolle für die Nachbarschaft.

Auch in den von uns untersuchten selbstorganisierten Helfersystemen erscheinen einige Hilfebedürfnisse als legitim (Fahrdienste zum Arzt), andere werden im Regelwerk der Hilfevereine normiert als z. B. zu regelmäßig, zu verbindlich, zu persönlich. Wie für die Soziale Arbeit als Profession des Helfens (vgl. Brandstetter 2010), die mit „mehr oder weniger eigenständig organisierten gesellschaftlichen Angebotsformen respektive Systemen“ (Bock/Thole 2011, 6) Hilfeleistungen und Formen des Helfens „aus ihrer alltagsbezogenen Gebundenheit entlastet“ (ebd.), zeichnet sich auch für das nicht professionelle, „bürgerschaftliche“ Engagement und seine „Regeln des Helfens“ eine Reformulierung des Hilfebedarfs ab – gerade so, dass die Hilfe unter den Rahmenbedingungen der Selbstorganisation und im Alltag der Helfenden leistbar ist. So zeigt sich in unseren Forschungsergebnissen, dass den Regeln des Helfens, die von den Aktiven der Bürgerhilfevereine aufgestellt und einzuhalten versucht werden, „Regeln des Hilfe Annehmens“ bisher noch unvermittelt gegenüberstehen:

Gerade dort, wo das selbstorganisierte Helfersystem zu vermeiden versucht, dass Hilfesuchende immer wieder den gleichen freiwillig Engagierten anfragen („zu persönlich“) – und dies womöglich sogar auf Dauer an dem Verein vorbei im direkten Kontakt – wird aus der Bedürfnisanalyse mit den älteren Menschen deutlich, dass diese Interaktion zwischen „fremden“ Helfenden und Hilfesuchenden gerade dann als gelungen oder überhaupt erträglich erachtet wird, wenn schon vor der oder durch vorangegangene Hilfeleistung eine soziale Beziehung entstehen konnte. Insofern fördern aus ihrer Sicht gerade die regelmäßigen Hilfen den Aufbau persönlicher, von Vertrauen gekennzeichneter Beziehungen zwischen Helfenden und Hilfesuchenden.

In der Sozialpsychologie hat die „Social Support Forschung“ differenzierte Skalen „hilfreicher Interaktionen“ entwickelt, die gerade die emotionale Unterstützung neben der rein instrumentellen Unterstützung als bedeutsam für „gelungenes Helfen“ oder „hilfreiches Handeln“ (Brandstetter 2010, 110) hervorhebt (Knoll/Schwarzer 2005). In den Angeboten der Bürgerhilfevereine wird sehr genau unterschieden zwischen sozialen, „geselligen“ Angeboten und den Unterstützungsleistungen. Dies wird verbunden mit der impliziten Bewertung der sozialen Angebote von Erzählcafé, Spiele- oder Kaffeenachmittag als nachrangig. Gleichwohl wird von jenen Engagierten, die solche Gelegenheiten zum sozialen Kontakt organisieren, durchaus wahrgenommen, wie die Nutzenden solcher Angebote einen „gelungenen Nachmittag“ definieren: „[...]sie [die Teilnehmenden] müssen das Gefühl haben: ‚jawohl, ich gehe gern dahin! Die freuen sich schon, wenn ich komme und da bin ich aufgehoben‘“.

Auch wenn das Bedürfnis nach „Geselligkeit“, der Möglichkeit, mit anderen reden zu können und unter Menschen zu sein, die zuhören, also durchaus mit den Aktivitäten der Bürgerhilfevereine befriedigt wird, wird dies nicht im Kontext von Hilfe interpretiert – weder als Vorstufe einer möglichen Inan-

spruchnahme von instrumenteller Hilfe, noch als emotionale oder – soziologisch betrachtet – als kommunikative Hilfeleistung.

Die Schlussfolgerung einer vereinsaktiven Interviewpartnerin, dass eine Hilfesuchende die angefragte Hilfe gar nicht benötige, sondern ihr „[...] im Endeffekt [...] nur langweilig“ war und sie jemanden zum Reden suchte, verweist ebenfalls darauf, dass die emotionale Hilfe, die als Bedürfnis artikuliert wurde, gar nicht als solches wahrgenommen wurde. Erkannt wurde auch nicht, dass auch die Hilfesuchende ihr Bedürfnis nach einem Gespräch und Zuwendung nicht für legitim hielt und eine anerkannte instrumentelle Hilfe (den Rasen mähen, das Fenster putzen ...) vorschob. Erst durch die Verbindung mit der Inanspruchnahme einer „Dienstleistung“ wurde auch für die Hilfesuchende selbst das Bedürfnis nach sozialem Kontakt legitimiert. Vermittelt über das tätige Handeln wird so das Soziale als Kommunikation erst hergestellt. In dieser Perspektive sind auch Angebote wie ein „Erzählcafé“ oder ein Kaffee- oder Spielenachmittag durchaus Hilfe-Leistungen, die dazu dienen, Vertrauen aufzubauen, um daran anschließend Leistungen instrumenteller Hilfe einfacher in Anspruch nehmen zu können.

#### 4 Herausforderungen der Bürgerhilfevereine in ländlichen Räumen

Es kommt gezeigt werden, dass die Interessenorientierungen im selbstorganisierten Helfersystem der Vereine zu deutlichen Vorgaben führen, wie die Hilfe- und Unterstützungsarrangements zwischen Helfenden und Hilfesuchenden gerahmt werden. Dies bestimmt das Verhältnis zwischen Helfenden und Hilfesuchenden. Die Herausforderungen, welche die selbstorganisierten Bürgerhilfevereine insbesondere in ländlichen Räumen zu bewältigen haben, beziehen sich erstens auf die Selbstvergewisserung der freiwillig Engagierten, ihre Bereitschaft zu und ihre individuellen und legitimen Grenzen des Engagements für andere und für die Nachhaltigkeit ihres funktionierenden Gemeinwesens.

Dabei ist zweitens der gesellschaftspolitische Druck – gerade auf ältere Engagierte –, jetzt und künftig Aufgaben der Daseinsvorsorge im Zuge geteilter Verantwortung mit zu übernehmen, auch in den Vereinen zu antizipieren und eine entsprechende Position dazu zu entwickeln.

Im Hinblick auf diese Erwartungen und das eigene Interesse an einer besseren Unterstützung hilfebedürftiger Mitbürgerinnen und Mitbürger in der Kommune, stellen drittens die innere Organisation, Aufgabenverteilung und Leistungserbringung der Vereine eine wesentliche Herausforderung da – die im BUSLAR-Projekt in der in 2016 und 2017 anstehenden Projektphase in den Vordergrund rücken wird. Die in diesem Beitrag skizzierten kritischen Momente im Verhältnis der Helfenden zu den Hilfesuchenden markieren viertens eine Herausforderung für die Vereine, die auch die Tragfähigkeit der helfenden Tätigkeiten hinsichtlich der Bedürfnisse älterer Menschen berührt. Insbesondere die Reichweite ihrer

Angebote im Kontext der politischen Interessen, die Bürgerhilfevereine als Co-Produzenten in der Daseinsvorsorge zu integrieren, steht hier zur Disposition.

#### Literatur

- Alisch, M., Ritter, M. (2015): Bürgerhilfe als Partner der Daseinsvorsorge?! In: Sozialwirtschaft – Zeitschrift für Führungskräfte in sozialen Unternehmungen. Heft 1/2015
- Block, J. (2014): Erst die Arbeit, dann das Vergnügen? Eine qualitative Studie zur Aktivitätsethik von Ruheständlern im Lichte von Handlungskonventionen und biographischen Erfahrungen. Dissertation an der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften an der Friedrich-Schiller-Universität Jena
- Bock, K., Thole, W. (2011): Hilfe und Helfen. Einführung in den Schwerpunkt „Im Blickpunkt: Hilfe“. In: Soziale Passagen (2011) 3. S. 5-10
- Brandstetter, M. (2010): Die Soziologie des Helfens – Benefit für eine Theorienbildung Sozialer Arbeit? In: Brandstetter, M.; Vyslouzil, M. (Hrsg.): Soziale Arbeit im Wissenschaftssystem Von der Fürsorgeschule zum Lehrstuhl. Wiesbaden
- Dehne P., Neubauer, A. (2014): Ländliches Wohnen im Alter, aber wie? Facetten sorgender Gemeinschaften in Mecklenburg-Vorpommern und anderswo. In: Informationsdienst Altersfragen 41 (6), 2014. S. 3-12
- Dienel, C. (2011): Demografischer Wandel und Bürgerengagement – ein Traumpaar? In: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hrsg.): Informationsdienst für Altersfragen. Heft 05, September/Oktober 2011. 38. Jahrgang
- Hamburger, F. (2008): Einführung in die Sozialpädagogik. Stuttgart
- Isfort, M. (2013): Anpassung des Pflegesektors zur Versorgung älterer Menschen. In: Alternde Gesellschaft. APuZ 4-5/2013. Bonn. S. 29-35
- Jungk, R., Müllert, N. R. (1989): Zukunftswerkstätten – mit Phantasie gegen Routine und Resignation. München
- Keim, K.-D. (2006): Peripherisierung ländlicher Räume. Essay. In APuZ. 37/2006. Bonn. S.3-7
- Klie, T. (2012): Rahmenbedingungen quartiersbezogener Strategien für ein Leben im „pflegebedürftigen Alter“. In: Kümpers, S.; Heusinger, J. (Hrsg.): Autonomie trotz Armut und Pflegebedarf? Altern unter Bedingungen von Marginalisierung. Bem. S. 123-134
- Knoll, N., Schwarzer, R. (2005): Soziale Unterstützung. In: Schwarzer, R. (Vol. Ed.): Enzyklopädie der Psychologie, Series X, Vol. 1: Gesundheitspsychologie. Göttingen. S. 333-349
- Kocks, M. (2008): Lokale und regionale Infrastrukturplanung. www.wegweiser-kommune.de (letzter Zugriff 14.1.2016)
- Luhmann, N. (1975/2005): Formen des Helfens im Wandel gesellschaftlicher Bedingungen. In: Luhmann, N. (Hrsg.): Soziologische Aufklärung 2 (5. Aufl.) Wiesbaden. S. 167-186
- May, M. (2008): Die Handlungsforschung ist tot – es lebe die Handlungsforschung. In: May M.; Alisch M. (Hrsg.): Praxisforschung im Sozialraum. Fallstudien in ländlichen und urbanen sozialen Räumen. Beiträge zur Sozialraumforschung, Bd. 2. Opladen, Farmington Hills. S. 207-238
- May, M., Alisch, M. (2011): Methodologische und forschungsmethodische Überlegungen zur Rekonstruktion integrationsbezogener Orientierungsmuster. In: Alisch, M.; May, M. (Hrsg.): Integrationspotenziale in kleinen Städten. Opladen, Farmington Hills. S. 29-41
- Olk, T. (2007): Bürgergesellschaft und Engagement älterer Menschen – Plä-



doyer für einen Welfare-Mix in der kommunalen Daseinsvorsorge. In: DZA (Hrsg.): Infodienst Altersfragen 34 (02). S. 5-8.

Quaestio Forschung & Beratung (Hrsg.) (2014): Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge – Begleitforschung Fachinformation. Endbericht, Bonn

Satzung des Vereins Füreinander da sein e.V., [http://fuereinander-da-sein-tann.de/\\_d-upl/satzung\\_pdf.pdf](http://fuereinander-da-sein-tann.de/_d-upl/satzung_pdf.pdf), 29.01.2016

Satzung des Vereins Miteinander-Füreinander Großenlüder e.V., <http://www.miteinander-grossenlueder.de/buergerhilfeverein/vereins-satzung>, 29.01.2016

Schneekloth, U., Wahl, H.-W. (Hrsg.) (2005): Möglichkeiten und Grenzen selbstständiger Lebensführung in privaten Haushalten (MuG III)

Scippel, A. (1976): Handbuch Aktivierende Gemeinwesenarbeit. Konzepte, Bedingungen, Strategien, Methoden. Gelnhausen, Berlin

Thole, W., Hunold, M. (2011): Helfen. In: J. Kade, W. Helsper, C. Lüders, B. Egloff, F.-O. Rattke, W. Thole (Hrsg.): Pädagogisches Wissen. Stuttgart. S. 147-153

Wolff, S. (1981): Grenzen der helfenden Beziehung. Zur Entmythologisierung des Helfens. In: Kardoff, E.; Koenen, E. (Hrsg.): Psyche in schlechter Gesellschaft. Zur Krise klinisch-psychologischer Tätigkeit. München, Wien, Baltimore. S. 211-238

<sup>1</sup> BUSLAR wird vom BMBF in der Förderlinie SILQUA-FH (Soziale Innovationen für Lebensqualität im Alter) von 2014 bis 2017 gefördert. Im ostthüringischen Landkreis Fulda arbeiten die wissenschaftlichen Mitarbeiterin Yvonne Rubin und der wissenschaftliche Mitarbeiter Roger Glaser mit. Am Projektstandort Markt Gaimersheim (Oberbayern) ist die wissenschaftliche Mitarbeiterin Barbara Solf-Leipold für die Projektarbeit zuständig.

<sup>2</sup> Diese evaluierenden Rückkopplungen dienen dazu, die beteiligten Akteure (Mitglieder und Adressat\_innen der Bürgerhilfevereine, Vertreter\_innen der öffentlichen Daseinsvorsorge) dazu anzuregen, ihre Vorstellungen zu reflektieren, „zu schärfen und zu profilieren“ (May/Alisch 2011), was wiederum den gemeinsamen Prozess der Projektentwicklung und Organisationsentwicklung befördert.

Prof. Dr. habil. Monika Alisch  
 Hochschule Fulda, Fachbereich Sozialwesen  
 Leitung CeSSt - Zentrum Gesellschaft und Nachhaltigkeit  
 Leipziger Straße 123  
 D - 36037 Fulda  
 Tel. 0049 661 9640 232, Fax: 0049 661 9640 249  
 Monika.Alisch@sw.hs-fulda.de  
 Martina Ritter, E-Mail: [martina.ritter@sw.hs-fulda.de](mailto:martina.ritter@sw.hs-fulda.de)  
 Yvonne Rubin, E-Mail: [yvonne.rubin@sw.hs-fulda.de](mailto:yvonne.rubin@sw.hs-fulda.de)  
 Roger Glaser, E-Mail: [roger.glaser@sw.hs-fulda.de](mailto:roger.glaser@sw.hs-fulda.de)  
 alle Hochschule Fulda (s.o.)

## Familie ist Vielfalt. Inklusion leben, Teilhabe sichern

„Inklusion betrifft uns alle.“ Dies ist ein zentrales Ergebnis der zweijährigen Arbeitsphase des Bundesforums Familie zum Thema „Familie ist Vielfalt. Inklusion leben, Teilhabe sichern.“ Am 4.12.2015 wurden die Arbeitsergebnisse, die in einer Broschüre zusammengefasst wurden, in Berlin vorgestellt und diskutiert. Grundlage ist ein umfassendes Verständnis von Inklusion, das sich nicht nur auf die Inklusion von Menschen mit Behinderung bezieht. Inklusion bedeutet gesellschaftliche Vielfalt, die allen Menschen Teilhabe ermöglicht, unabhängig von ihren Eigenschaften, Leistungen, Lebensformen oder anderen individuellen Merkmalen. Inklusion ist nicht gleichzusetzen mit Integration, denn Integration geht von einer bestehenden gesellschaftlichen Normalität aus, in die integriert werden soll. Inklusion überwindet das Wechselspiel von Exklusion und Integration. In einer „inklusive Gesellschaft“ wirken z. B. die Vorstellungen von einer „normalen Familie“ nicht als Leitbild, das davon abweichende Familienformen als defizitär oder abweichend ausgrenzt. Unterschiede und Vielfalt werden in einer inklusiven Gesellschaft als Bereicherung aufgefasst und haben keine Auswirkung auf das selbstverständliche Recht der Individuen auf Teilhabe.

Die Arbeitsgruppe B des Bundesforums beschäftigte sich mit Gründen für gesellschaftliche Teilhabebarrieren für Familien sowie Ansatzpunkte für ihre Überwindung. Sie arbeitete zwölf Faktoren sozialer Ungleichheit heraus, die sie alphabetisch ohne Gewichtung von A wie Arbeitsmarkt über M wie Materielle Ressourcen bis W wie Wohnsituation analysierten. Dabei ist zu bedenken, dass diese verschiedenen Ungleichheitsdimensionen auf vielfältige Weise ineinandergreifen, sich gegenseitig bedingen und ihre Wirkung intensivieren können. Genauso, wie sich Faktoren sozialer Ungleichheit verstärken, wenn es um die Benachteiligung von Familien geht (multidimensionale Armut), gilt dies auch umgekehrt: Materieller Wohlstand geht sehr häufig mit höheren Bildungsabschlüssen, Einbettung in soziale Netzwerke und guter Gesundheit einher. Es stehen in der Regel Ressourcen zur Verfügung, um Probleme zu lösen.

Arbeitsgruppe A hatte das Thema „Inklusion für Familien mit behinderten Eltern sowie mit behinderten Kindern in der frühen Familienphase“. Dabei wurden Unterstützungsbedarfe und -angebote für Eltern mit Behinderungen betrachtet sowie die Anpassung von gesetzlichen Grundlagen für eine bedarfsgerechte Elternassistenz gefordert. Für Familien mit Kindern mit Behinderung sind wichtige Themen: ein vereinfachter Zugang zu Unterstützungsleistungen, familienergänzende Bildung, Erziehung und Betreuung für unter Dreijährige und inklusive Kindertageseinrichtungen. Außerdem werden inklusive Freizeit- und Sportangebote sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unter den Herausforderungen von Familien mit behinderten Kindern diskutiert.

Wie der Prozess hin zu einer inklusiven Gesellschaft gestaltet wird, liegt in der Hand einer großen Zahl von Akteuren – in den Institutionen und Verbänden, in Bund, Ländern und Kommunen. Mit seinen zwölf Leitlinien für Verbände, Politik und Gesellschaft gibt das Bundesforum Familie Empfehlungen dafür, wie Inklusion für Familien in zentralen Feldern ermöglicht werden kann.

**Die aktuelle Publikation „Familie ist Vielfalt: Inklusion leben, Teilhabe sichern“ des Bundesforums Familie kann auf der Website [www.bundesforum-familie.de](http://www.bundesforum-familie.de) des Bundesforum Familie heruntergeladen werden. Unter [info@bundesforum-familie.de](mailto:info@bundesforum-familie.de) oder 030/290282570 können auch Print-Exemplare der Publikation angefordert werden.**

Die dgH ist eine der 120 Mitgliedorganisationen im Bundesforum Familie, vertreten von Prof. Dr. Pirjo Schack und bis zu seinem Tod von Prof. Dr. Gerd Naumann. Sie arbeitete in der Arbeitsgruppe A mit und brachte u. a. das Thema „Haushaltsbezogene Dienstleistungen für Familien“ ein. In den nächsten zwei Jahre wird es um „geflüchtete Familien, ihre Bedürfnissen, Unterstützungsbedarf und den Herausforderungen der Inklusion“ gehen.

Pirjo Schack